

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 15.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 16 Bl.

7. Jahrgang.

Freitag, 23. September 1927.

Nr. 223.

Die geistigen Waffen der Bourgeoisie.

Was für arnseelige Bichte sind es doch, die in den bürgerlichen Zeitungsredaktionen das Geschäft der Sozialistenbetriebe betreiben! Wie die Spinne im Netz lauert sie auf einen Vorfall, irgendwo in der weiten Welt, der sich umdeuten, umklagen, gegen die Sozialdemokratie ausschroten ließe, hauchen sie nach einer Lügennachricht, die ein anderer ausgeheckt hat oder sie müssen selbst welche aus ihren unsauberen Fingern saugen. Noch kein Wahlkampf ging vorüber, ohne daß sich nicht eine brausende Schlammflut niedrigster Verleumdungen und Verdächtigungen über die Sozialdemokratie, als der Vorkämpferin der Arbeiterklasse, ergossen hätte. Das Tollste ist noch gut genug, um gedruckt zu werden. In dem Meer der lumpigsten Lügen, die den Ausfluß der Geisteslosigkeit der Bourgeoisie bilden, ist nicht ein sachliches ernstes Wort zu finden. Ihre geistige Auseinandersetzung beschränkt sich darauf, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen, ihr Tendenzen, Handlungen und Absichten zu unterscheiden, die ausschließlich in der schmutzigen Phantasie ihrer Erfinder ihren Bestand haben. Mit den Schreiberlingen zu rechten, welche diese scholle, schäbige Arbeit leisten müssen, wäre eitel. Sie werden dafür bezahlt, und öfters gut bezahlt. An der kapitalistischen Welt ist die geistige Arbeit Ware, so gut wie jede andere. Auch die Verleumdung im Dienste der Bourgeoisie findet ihren Sold. Hier die Ware, hier das Geld!

Eine Probe dafür, wie die Gegner der Arbeiterklasse den Gemeindevahlkampf zu führen gedenken, liefert das Blatt des Justizministers Mahr-Harting, die christlichsoziale „Deutsche Presse“. Unser Artikel „Notiz Gemeindevahlkampf“ hat es ihr angetan und sie läßt unter dem gleichen Titel einen Artikel los, der ebenso eine Leistung häßlicher Skrupellosigkeit wie jesuitischer Lügenkunst ist. Schon der Untertitel zeigt, worauf es abgesehen ist: „Die Deutschnationalen als Bundesgenossen der Sozialdemokraten.“ Das steht in dem Waffensblatt am selben Tage gedruckt, da das Hauptorgan der Deutschnationalen unter Vermittlung auf eine von uns bereits wiederholt als Unwahrheit gebrandmarkte Nachricht die deutsche Sozialdemokratie beschuldigt, daß sie durch ein Wahlkompromiß dem „wütenden Chauvinismus der Tschechen“ Vorschub zu leisten gedenke! Nach dem einen also sind wir Bundesgenossen der Deutschnationalen, nach dem andern Verbündete des „wütendsten tschechischen Chauvinismus“! Nach dieser ersten Probe wird man sich im Wahlkampfe auf manches gefaßt machen müssen. Aber unsere „Bundesgenossenschaft“ soll ja vor den Gemeindevahlen im Jahre 1928 zurückliegen! Zu dieser Zeit aber haben die Christlichsozialen mit den Deutschnationalen im Deutschen parlamentarischen Verband, in vielen Gemeinden traten sie uns beide innerhalb des bürgerlichen Kräftebündels als „antimarxistische Einheitsfront“ entgegen und beide jubelten sie um die Wette, als es ihrem gemeinsamen Lügen-Kreuzzug gelungen war, der Sozialdemokratie eine Wahlschlange zu bereiten. Das und Furcht vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, aber auch die Verlegenheit nach Argumenten ist bei den Christlichsozialen so groß, daß ihnen sogar das Dummste und der aufgelegteste Schwundel noch immer brauchbar erscheint, um damit den geistigen Kampf für das christlich-katholische Ideal zu bestreiten.

Nun sollte man glauben, das christlichsoziale Waffensblatt werde die Gelegenheit wahrnehmen, an der Hand von bestimmten Tatsachen die „rote Gemeindevahlkampf“ zu enthüllen, zu zeigen, was die Sozialdemokraten in den Gemeindeverwaltungen schlecht, die bürgerlichen Parteien dagegen gut gemacht haben. Aber woher die Beweise nehmen und nicht stehen! Also behilft sich das Blatt, um die schlechte Armenfürsorge der Sozialdemokraten zu charakterisieren, mit der Erzählung, sie

16. Oktober Gemeindevahlen!

In einzelnen Gemeinden sind die Wahlen bereits für diesen Termin ausgeschrieben. — Die Regierung spielt immer noch Verstecken! Arbeiter, laßt Euch nicht zum Narren halten! Treffet rasch die letzten Vorbereitungen, um mit einem System abzurechnen, das in allem und jedem die Massen verhöhnt, einer verdeckten Diktatur der Bourgeoisie frönt!

Aus mehreren Städten, so aus Bodonach, Tepliz und Saaz, wird uns gemeldet, daß dort die Gemeindevahlen für den 16. Oktober bereits ausgeschrieben sind. Man darf also jetzt mit Sicherheit annehmen, daß noch im Laufe dieser Woche in allen Gemeinden, deren Vertretung jetzt neu gewählt werden soll, diese Wahlen, und zwar für den 16. Oktober werden ausgeschrieben werden.

Kücket also zum Kampfe, jaget an, schlaget Euch, wie Ihr es in hundert Wahlschlachten gelernt und erprobt haben!

Rechnet in diesen politischen Kommunalwahlen gründlich ab mit dieser Regierung, die hundertmal mehr Sünden und Verbrechen auf sich gehäuft hat, als sie Monate zählt, mit dieser Regierung, die Euch jetzt, da Ihr, freie Bürger einer demokratischen Republik, über das künftige Schicksal der Gemeinden entscheiden sollt, wie Sklaven behandelt, wie Unmündige; die Euch verhöhnt und zum Narren hält.

Seit Wochen läßt diese Regierung die große Masse der Bevölkerung und alle oppositionellen Parteien bewußt darüber im Unklaren, wann denn eigentlich diese Gemeindevahlen stattfinden werden, die seit dem Sommer das politische Hauptthema bilden. Wie wir oben berichteten, sind in einigen Städten die Wahlen bereits ausgeschrieben. Die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden aber wird über den Termin noch immer im Unkenntnis gehalten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es die Regierung darauf abgesehen hat, die Bevölkerung zum Narren zu halten, sie zu verwirren, die politischen Parteien und ihre Vertrauensmänner nerbös zu machen. Noch vorgestern wagte es der Herr Innenminister Cerny, einer Abordnung führender tschechischer Genossen auf ihre Anfrage zu erklären, daß der Termin noch nicht bestimmt sei, und daß er ihn also selber nicht kenne. Ja selbst am gestrigen Tage beantwortete das Innenministerium einen telephonischen Anruf dahin, daß es den Zeitpunkt der Wahlen noch nicht kenne. Der Mitteilung, daß die deutschen Sozialdemokraten bereits Nachricht aus einigen deutschböhmischen Städten darüber haben, daß dort die Wahlen für den 16. Oktober schon ausgeschrieben sind — dieser Mitteilung begegnete das Innenministerium mit der albernen Ausrede, daß diese Ausschreibungen auf einem „Versehen“ beruhen müßten!

Wir können der dreimalweisen Bürgerregierung versichern, daß dieses jämmerliche Versteckenspielen ihr nicht im geringsten helfen wird, die Abrechnung, die ihr bevorsteht, auch nur um ein Notatunklarer und weniger eindeutig zu gestalten. Im Gegenteil! Die Arbeiterschaft insbesondere, deren Organisationen klar zum Gesichte stehen, wird die Methoden, mit denen die Regierung diese Wahlen einbegleitet, erst recht zu einem weiteren Anlaß nehmen, um mit ganzer Kraft gegen ein System anzutreten, das seine Arbeiterfeindschaft, seine diktatorischen Allüren in einem Maße enthüllt, wie es in ähnlicher Weise kein demokratischer Bürgerstaat aufweist. Die Balkanmethoden, die sich hier unter der sichtslosen Einwirkung von Hostivar breitmachen, sind das untauglichste Mittel, um ein so längst mündiges, seiner Kulturkraft und seiner Arbeit bedientes Proletariat, wie es die sudetendeutsche Arbeiterschaft ist, in ihrem Kampfe zu beirren und zu verwirren!

Mit den Methoden von Hostivar, mit den diktatorischen Allüren einer Handvoll Leute, die namens der machtgierigen und machtrunkenen internationalen Bourgeoisie die Arbeiterschaft ausbeuten, unterdrücken und verhöhnen, mit den sozialreaktionären und nationsverräterischen deutschen Regierungsklerikalen und „Agrariern“, mit Svehla, Kramar, Sramel und mit ihren Handlangern und Trabanten, Spina und Mahr-Harting rechnet in den kurzen drei Wochen ab, die uns zum Wahlkampfe zur Verfügung stehen.

Und am 16. Oktober sei jeder Arbeiter-Stimmzettel Urteil über die Bürger-Regierung und die Gesamtheit der Stimmen propheteie ihr Ende!

hätten „in schöner Gemeinschaft mit den Kapitalisten“ die Nonnen aus den Spitälern geworfen und „gutbezahlt“ Pflegerinnen eingestellt. Schade nur, daß dies nicht die Sozialdemokraten, sondern die Christlichsozialen charakterisiert, die sich dadurch dazu bekennen, daß Krankenschwestern nicht „gut“, das heißt, menschenwürdig bezahlt werden, und daß ein Recht auf Anstellung nur Nonnen, nicht aber andere Frauen haben. Sonst fäsel das Blatt noch:

„Man baute Leichenverbrennungsöfen, die sehr viel kosteten. Der „Räuflichkeitseifer“ der Sozialdemokraten griff oft zu lächerlichen Maßnahmen. In einer Gemeinde Nordböhmens ließ die rote Gemeindeverwaltung die Lindenbäume auf dem Friedhof und um die Kirche fällen und setzte dafür — Obstbäume hin.“

So sich dieser Fall von Obstkultur zugezogen haben soll, das wird man natürlich nicht erfahren, und was die Leichenverbrennungsöfen betrifft, so gibt es deren in der ganzen Tschechoslowakei kaum ein halbes Duzend, von denen einige schon vor dem Kriege gebaut, kein einziger dagegen unter sozialdemokratischer Regierung errichtet wurde, schon deshalb nicht, weil die Sozialdemokraten in den

von den bürgerlichen Parteien verwüsteten Gemeindefassen kein Geld zum Bauen vorfanden.

Aber das alles sind Kinderleihen, die nur beweisen, daß selbst dem erfindungsreichsten Pfaffenhirn keine Beweise für die angeblich begangenen Fehler der roten Gemeindevahlkampf zu entlocken sind. Die „Deutsche Presse“ versteigt sich, um den Gemeindevahlkampf würdig zu eröffnen, zu einer weit massiveren Leistung und die soll ihr nicht geschenkt werden: „Mit den Kapitalisten aber verstanden sich die Sozialdemokraten bald sehr gut, denn das waren ja ihre Geldgeber.“ Man könnte über die Absurdität lachen, die darin liegt, daß ausgerechnet ein Blatt der politischen Armee der katholischen Kirche, die seit Jahrhunderten den Kapitalisten und Ausbeutern die Armen und Enterbten unterdrücken hilft, die Kapitalisten der Liebe zu den Sozialdemokraten beschuldigt, aber so leicht soll es nicht davonkommen, denn es behauptet, daß sich die Kapitalisten diese Liebe sogar Geld kosten lassen. Das Sprachrohr des Herrn Justizministers wird also gut daran tun, sofort klar und unabweislich mitzuteilen, wo und wann Kapitalisten Geldgeber der Sozialdemokraten waren, denn

Genossen, beachtet die Fristen!

Alle Vertrauensmänner, alle Genossen, seien durch folgende Anmerkungen und Richtlinien aufmerksam gemacht auf die verschiedenen Fristen, die im Zuge des Wahlkampfes unbedingt eingehalten werden müssen:

Innerhalb acht Tagen nach der Wahlkundmachung muß in jenen Gemeinden, die weniger als 700 Einwohner zählen, das Verlangen gestellt werden, daß die Wahlen nach dem Grundgesetz des Verhältniswahlrechtes durchgeführt werden.

Längstens 14 Tage vor dem Wahltag bis 12 Uhr mittags hat der Bevollmächtigte unserer Partei beim betreffenden Gemeindeamt die Kandidatenliste zu überreichen!

Spätestens am 14. Tage vor der Wahl müssen die Bevollmächtigten der Partei der politischen Bezirksbehörde namhaft gemacht werden.

Spätestens am zehnten Tage vor der Wahl können Änderungen in der Kandidatenliste durchgeführt werden, und zwar dann, wenn ein Kandidat verzichtet, stirbt, das Wahlrecht verliert oder aus der Wählerliste gestrichen wird. Die Namhaftmachung des Ersatzkandidaten erfolgt durch den Bevollmächtigten der Partei.

Am achten Tage vor dem Wahltag können die Bevollmächtigten der Wählergruppen beim Gemeindeamt eine gemeinschaftliche Erklärung vorlegen, daß sie ihre Listen untereinander kuppeln.

Wenigstens acht Tage vor dem Wahltag hängt der Gemeindevorsteher in den Räumlichkeiten, in denen die Wählerverzeichnisse zur Einsichtnahme aufgelegt sind, alle gültigen Kandidatenlisten aus.

Wenigstens am achten Tage vor der Wahl gibt der Gemeindevorsteher durch öffentliche Kundmachung und auf ordentliche Weise den Tag, die Anfangs- und Endstunde der Wahl, die Wahlräumlichkeit sowie die Grundsätze, nach denen die Wahl stattfinden wird und wieviel Mitglieder gewählt werden sollen, bekannt. In derselben Kundmachung muß auch die Aufforderung enthalten sein, wo die Legitimationskarten und die Kandidatenlisten abgeholt sind, die den Wählern nicht zugestellt werden konnten. Wenigstens acht Tage vor dem Wahltag hat der Bevollmächtigte der Wählergruppe den Vertreter seiner Gruppe für die Wahlkommission als auch den Ersatzmann bei der Aufsichtsbehörde bekanntzugeben.

Längstens am dritten Tage vor dem Wahltag läßt der Gemeindevorsteher in allen Gemeinden jedem Wähler in seine Wohnung die gültigen Kandidatenlisten aller Wählergruppen und in Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern auch die Legitimationskarten zustellen.

Der Bevollmächtigte der Partei muß vor Beginn der Wahlhandlung dem Vorsitzenden der Kommission mündlich oder schriftlich drei Wähler als Vertrauensmänner namhaft machen.

sonst werden wir uns erlauben, ihm vor aller Welt den unausstilgbaren Titel eines schandigen Verleumderblattes zu verleihen.

Wenn man nach diesen Proben sieht, wie die bürgerlichen Parteien auch diesmal den Wahlkampf zu führen gedenken, so fällt einem das Wort des alten Fritz ein: „Mit solchem Gesindel muß ich mich herumzuschlagen!“ Die bürgerlichen Parteien, die jetzt schon als Vorbereitung zu den Gemeindevahlen ihre Gifttränke gegen die Massenbewusste Arbeiterschaft brauen, können allerdings zwei Entschuldigungsgründe vorbringen. Erstens können sie auf die Kommunisten als ihre Vorbilder verweisen, deren geistige Waffen nicht ausständiger sind, und zweitens bleibt ihnen doch nichts übrig, als die Verleumdung, denn sie können doch nicht gut den Wählern von den großen Sündern, die seit ihrer Regierungsfähigkeit ihre Verwahrung sind, erzählen.

Die Wahl der geistigen Waffen des Bürgertums spricht für die geistige Armut und für die moralische Verlotterung einer Klasse, die sich zum Untergang verurteilt sieht, die keinerlei Ideale mehr besitzt, nur ihr nacktes, gieriges Geldinteresse.

Inland.

Hindenburgwähler in Erregung.

Im Reichenberger „Vorwärts“ nimmt ein besonders findiger Bursche unseren Artikel „Sie haben es nicht gewollt...“ zum Anlaß einer über drei Spalten laufenden, überaus aufgeregten „Polemik“. Eine persönliche Anpöbelung des Genossen Franzel, die in jenem in Stil und Inhalt unverkennbaren Deutsch gehalten ist, das man außer in völkischen Redaktionen nur noch in den Sonjettrepublikten des fernsten Ostens schreibt, kann füglich übergangen werden, denn sie gehört zu den schmierigen Büberlein, deren Abstellung der moskowitzischen Presse geradezu ihren Charakter rauben würde. Aus unserem Artikel über die „Kriegsschuldreden“ Hindenburgs, Pétains und Poincarés, die wir alleamt für unzulässig erklärten, nach den schmierigen Büberlein, zu denen sie selbst gehören, macht der Bursche im „Vorwärts“ ein „Loblied“ auf Hindenburg. Sein Hauptschlagwort ist das „reine Herz“ Hindenburgs, das wir diesem zugestanden haben. Jeder Leser unseres Artikels weiß natürlich, daß wir von dem „reinen Herzen“ Hindenburgs nur sprachen, weil es sich stützlich ergab, das eigene Wort Hindenburgs („Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen —“) zu wiederholen. Im übrigen vergeben wir uns gar nichts, wenn wir nach wie vor behaupten, daß Hindenburg wohl als General, wie alle seines Zeichens und als Anhänger und Diener Wilhelms am Kriege mit schuldig, sich aber seiner Schuld bis heute nicht bewußt ist. Der „Vorwärts“ zitiert dummer Weise noch einen Absatz aus unserem Artikel, der ja auch den „Vorwärts“-Lesern zeigen wird, daß man den Sinn unserer Ausführungen nicht nur einstellen, sondern geradezu verfallen muß, um zu dem Schlusse zu kommen, den der „Vorwärts“ aus ihnen zieht.

Daß die Reichenberger sich gerade auf diesen Artikel stützen, ist leicht begreiflich. Die Kommunisten sind immer aufgeregt, wenn man den Militarismus als System angreift. Sie wissen sehr gut, daß der russische Militarismus auch seine Schattenseiten und Gefahren hat, und lieben es nicht, daß einem System, das sich so leicht mit „bolschewistischem“ Geiste erfüllen läßt, ein Saar gekrümmt werde. Besonders empfindlich sind sie aber immer, wenn gegen Hindenburg polemisiert wird; denn der Mann, den sie in den Sattel hoben, dessen indirekte Wähler sie waren, der ohne sie heute in Hannover Kofel baute, statt in Berlin als Präsident der deutschen Republik zu thronen, soll nicht genannt werden, damit die feinen Nerven der Moskowiter bei der peinlichen Erinnerung keinen Schaden nehmen. Um aber auf den Ton des „Vorwärts“ einzugehen, möchten wir ihn doch fragen, wie es etwa mit dem „reinen Herzen“ des Generals Bruffilow steht, der als „Massenschlächter“ in Diensten seiner Majestät des Zaren Nikolsaus 1916 die russischen Proletarier zu Zehntausenden in den sicheren Tod jagte, aber 1920 Kommandant der „roten“ Armee im Kriege gegen Polen war. Nur daß er auch als „roter“ General Siebe bekam, unterbrach seine verheißungsvolle Laufbahn. Und wie steht es mit Ludendorff und den anderen völkischen Offizieren, an die sich die Kommunisten 1923 wandten, um gemeinsam mit ihnen Deutschland vom französischen Erbsitz zu befreien und der Weltrevolution zum Siege zu verhelfen? Wir bedürften wahrhaftig nicht der rabulistischen Bedrehungsgünstle eines „Vorwärts“-Redakteurs, um den Kommunisten nachzuweisen, daß sie sich in der Gesellschaft von „Massenschlächtern“ und kaiserlichen Generalen

noch immer fauchend gefühlt haben und, wenn 1914 Sozialdemokraten (Kommunisten gab's doch wohl damals nicht?) im guten Glauben, sie verteidigten ein überfallenes Vaterland gegen den Zarismus, ins Feld zogen, die Kommunisten im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung und der Verantwortlichkeit der Elemente, mit denen sie sich verbündeten, bis heute noch jeden General von Ludendorff bis Gajda als Kampfgesossen willkommen hießen.

Die Ehre des Herrn Hodza und die Ehre der Bürgerregierung.

Wer ist also der Autor der Lex Cyrill?

Der Prozeß Hodzas gegen Dr. J. Stránský, der Mittwoch, vor einem Brüner Gericht ausgetragen wurde, erinnert zu guter Stunde, nämlich am Vorabend der Gemeindevahlen, an die Koburg-Affäre und an die skandalöse Lex Cyrill. Vor einem Jahr erfuhr man, daß in das Gesetz über die Fideikommiss eine Klausel eingeschmuggelt, in jeder Minute von irgendeinem einflussreichen Politiker eingefügt wurde, die den einzigen Zweck hatte, dem Bringer Cyrill von Bulgarien die Gütermasse der Koburgischen Erbschaft in der Slowakei zu verschaffen. Der Fall war unerhört in der Geschichte politischer Korruptionen; daß einem einzigen Menschen zuliebe ein Gesetz beschlossen, Ausschüsse, Referenten, zwei Kammern und der Präsident strapeziert werden, war doch noch nicht vorgekommen. Man forschte nach dem Urheber der „Lex Cyrill“; niemand wollte es gewesen sein. Die Bürgerregierung aber zeigte nicht die geringste Lust, die Frage zu klären und den Fleck, der dem Staate anhaftet, zu tilgen.

Im Laufe der Polemiken, die sich an die Affäre knüpften, erhob der Brüner Politiker und Publizist Dr. Stránský gegen den Minister Milan Hodza die Anschuldigung, daß er zu den Vertrauensleuten des Cyrill, besonders zu der Kurtskane Frau von Einem, Beziehungen unterhalte, die diesen Leuten nicht unnützlich gewesen sein sollen. Hodza sagte und erreichte, daß Strafnach eine Erklärung abgab, die man als persönliche Genugtuung für Hodza auffassen kann, die allerdings auch die Möglichkeit offen läßt, verschied. Dinge doch anders zu sehen, als sie die Presse der Bürgerregierung darstellt. Stránskýs Erklärung läuft darauf hinaus, daß Hodza mancherlei getan hat, was nach seiner Stránskýs Auffassung, den Interessen des Gemeinwesens zuwiderläuft, er billigt Hodza aber zu, es in der besten Absicht getan zu haben. Eine gewundene Erklärung, die keinesfalls das Triumphgeschrei der Koalitionspresse, vor allem der agrarischen, rechtfertigt, daß nun Schluß mit dem pathologischen Geleise sein werde, daß Hodza vollste Genugtuung erlangt, daß Stránský lapiniert habe! Der Ausgang des Prozesses macht eher, wie die „Straß Socialismus“ richtig bemerkt, den Eindruck eines Friedens ohne Sieger und Besiegte.

Vor allem aber muß dem albernen Geschrei der Regierungsblätter gegenüber daran festgehalten werden, daß die Affäre nicht bereinigt ist, daß dem Volke bis heute eine Antwort auf die berechtigte Frage vorenthalten wird, wer der Autor der Lex Cyrill ist, wer die ungeheuerliche Korruption begangen hat. Die Bürgerregierung hat sich als unfähig erwiesen, den Skandal wirklich beizulegen und ihr hastet weiter der Mafel an, über eine so blamable Sache zur Tagesordnung übergegangen zu sein.

Die Teuerung.

Vorsprache der Genossen Diel, Fischer und Kreisky beim Ernährungsminister.

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß trotz der guten Ernte auf dem Getreidemarkt eine steigende Tendenz zu beobachten ist. In der letzten Zeit ist insbesondere der Preis des Korns ununterbrochen gestiegen, was angesichts der niedrigen Löhne der Arbeiter und Angestellten eine schwere Gefahr für die Aufrechterhaltung der ohnehin kümmerlichen Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung bedeutet. Ebenso gefährlich ist, was sich auf dem Kartoffelmarkt abspielt. Die Kartoffelernte ist verhältnismäßig gut ausgefallen, es besteht aber die Gefahr, daß die Kartoffelpreise im kommenden Winter sehr hoch sein werden, weil große Mengen Kartoffeln mit Rücksicht auf die schlechtere Ernte insbesondere in Deutschland zur Ausfuhr gelangen. Bauern und Kartoffelhändler verlangen sogar Tarifiermäßigungen für Exportkartoffeln, um recht große Mengen von diesem gerade für die ärmere Bevölkerung so wichtigen Nahrungsmittel auszuführen. Außerdem hat man das Spirituskontingent um 50.000 Hektoliter erhöht, so daß von seiten der Spiritusfabriken eine große Nachfrage nach Kartoffeln festzustellen ist.

Um nun die Regierung auf die schweren Gefahren, welche der Bevölkerung aus diesen Verhältnissen auf dem Nahrungsmittelmarkt erwachsen, aufmerksam zu machen, erschienen gestern für die organisierten Konsumenten die Genossen Diel, Fischer und Kreisky beim Minister Cerny in dessen Eigenschaft als Ernährungsminister und verlangten von ihm die zeitweise Aufhebung des Kornzolls, die allein geeignet wäre, den Preis des Korns, Mehlens und Brotes herunterzubringen, sowie die Ausfuhrsperr für Kartoffeln, damit die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Kartoffeln im kommenden Winter sichergestellt werde. Ebenso erinnerten sie den Minister an die längst fällige Vorlage über die Schaffung von Konsumentenkammern. Der Minister sagte den genannten Genossen zu, alle ihre Beschwerden ernstlich zu prüfen, und teilte ihnen mit, daß die Vorlage über die Konsumentenkammern in absehbarer Zeit dem Abgeordnetenhause überreicht werden wird.

Und das nennt man Bodenreform!

Das Bodenamt wird, wie die „Lidobe Noviny“ berichten, in den nächsten Tagen über den Kauf des Gutes Kosolup bei Bisen, welches fast 30 Jahre lang von einem Pächter bewirtschaftet wurde, die Entscheidung fällen. Der bisherige Eigentümer, Dr. Karl Skoda, der nach dem Gesetz das Gut aus freier Hand verkaufen mußte, hat als Käufer seinen langjährigen Pächter angemeldet. Das Bodenamt hat aber diesen Pächter mit der Begründung abgelehnt, daß das Gut nach dem Ges. zulässige Ausmaß überschreite und daß dabei in erster Linie landwirtschaftliche Angestellte berücksichtigt werden müßten, welche durch die Bodenreform geschädigt würden. Aber an Stelle der geschädigten Angestellten bewarb sich der agrarische Senator Josef Duel um das Gut, und zwar durch Vermittlung seines Schwagers, des ehemaligen Präsidenten des Bodenamtes, Dr. Biskovsky. Das Bodenamt hat nun seinerzeit ohne weiteres dem genannten agrarischen Senator die Bewilligung zum Kauf gegeben, obwohl es nach dem Gesetz nur denjenigen Käufer genehmigen kann, welcher auf dem Gute persönlich wirtschaftet, und Duet bereits jetzt Eigentümer zweier Höfe ist, von denen er einen in Pacht gegeben hat, weiters Eigentümer einer großen Mühle in Koterov bei

Genosse Dames

Wien, 22. September 1927. (Eigenbericht.)

Der Bürgermeister von Linz, Genosse Josef Dames ist gestern nachmittag gestorben. Er ist im Jahre 1868 geboren und war von Beruf Buchdrucker. Im Jahre 1903 wurde er Gewerkschaftssekretär, im Jahre 1905 ist er mit neun anderen Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt worden. Im Jahre 1919 nach dem Umsturz wurde er Bürgermeister von Linz und hat als Führer der sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaft die Stadt im sozialdemokratischen Sinn verwaltet. Die Leiche ist im Sitzungssaal des Gemeindefaules aufgebahrt und wird Sonntag nachmittag mittels Automobils nach Wien zur Einäscherung überführt.

Bisen, Vorsitzender der Versicherungsbank Slavia, Vorsitzender-Stellvertreter der Pilsener Bank, Verwaltungsrat eines Bräuhäuses und einer Mühle ist und sonst noch eine Reihe einträglicher Funktionen inne hat. Die Genehmigung des Bodenamtes zu diesem Kauf ist daher ungeschicklich und es ist die Frage, ob der jetzige Präsident des Bodenamtes, vor dessen Amtsantritt die Genehmigung erteilt wurde, diese Ungeschicklichkeit bedenkt wird.

Eine erfreuliche Mahnung richtet die freigebergesellschaftliche „Deutsche Musiker-Zeitung“ an die Mitglieder des Musikerverbandes.

Die Musiker sind zum großen Teile nicht politisch eingestellt und doch wäre es von nicht unschätzbarem Vorteile, wenn sie bei den kommenden Gemeindevahlen aus der vielleicht im Musikerberufe liegenden Gleichgültigkeit herausstritten würden. Die Kämpfe um die Verbesserung der Existenzmöglichkeit (Gehaltssteigerungen, Ganzjährigkeit usw.) der Musiker in den einzelnen Orten haben sie des öfteren mit Gemeindevetretern zusammengeführt. Bei diesen Anlässen haben die Musiker sehr leicht die Wahrnehmung machen können, wie sich die Vertreter der einzelnen Parteien zu den nur berechtigten Forderungen der Musiker stellen und ist so manchem Musiker zum Bewußtsein gekommen, wie es um die Existenz des Musikers bestellt wäre, wenn für ihn nicht bestimmte Parteien eintreten würden.

Varen es doch immer und in allen Orten dieselben Parteien, die für die Wünsche der Musikerpartei ein williges Ohr hatten und werden es auch jedenfalls dieselben Parteien sein, die für den geschäftlichen Schutz des Musikerberufes im Abgeordnetenhause und im Senat eintreten werden, sobald ein diesbezüglicher Gesetzentwurf zur Beratung kommt.

Es sind aber auch dieselben Parteien, welche die Ist. unter dem Drucke der Gewerkschaftsbewegung der Angestellten und Arbeiter zustandekommenen sozialpolitischen Gesetze gegen die Anschläge einzelner Parteien geschützt haben und muß es Aufgabe eines jeden gewerkschaftlich organisierten Angestellten und damit auch des Musikers sein, in dem Kampf um die Befreiung der Mandate in den Gemeindevetreterungen für jene Parteien die Stimme abzugeben, die alle für die Angestellten notwendigen Gesetze (Novellierung des Pensionsversicherungsgesetzes, Krankenversicherung der Privatangestellten, Gesetz über die Angestellten in höheren Privatdiensten, Musikerkamern usw.) zu erkämpfen und zu sichern bereit sind.

Es wird wohl keinen Angestellten geben, der unter dieser Mahnung die Aufforderung versteht, Bürgerlich zu wählen!

Der Naken.

Querschnitt durch ein Leben.

Von Berta Selinger.

Mara aber liebte das Leben, war selber ein überquellendes Süßleben und packte und zwang es. Keine tanzte so voller Inbrunst, und die böhmischen Mädl können tanzen. Raum eine schaffte aber auch so tüchtig und half verdienen, wo immer es ging, fand immer neue Wege und unerschrocken immer neuen Mut, sie zu gehen. Und rang nach ihren sagen Ferkelunden Süß und Stüd befreitendes Wissen ab. Sie las viel, wußte viel, und sie stellte es nicht zur Schau. Sie liebte die verständigen Bücher, wie sie als Kind schon gern verständigen Dingen nachgegangen. Aber sie verhielte sich nicht und vergaß darüber mitnichten ihre kleinen Lieder und ihr heiteres, frohes Gelächter.

Frühling ging hin, Sommer kam und machte die Kreatur an seiner Schönheit Brangen begehrtlich und wandte sich wieder. In des Vaters graue Tage kam einer, der war noch grauer und trüber, war des Ärmsten Trostes bar. Es geschah nur, was Tausenden geschieht. Aber — wiegt dir dein Verderben leichter, weil auch andere rundum versinken und zugrunde gehn? — Es geschah, was Tausenden geschieht. Die Fabrik spie ihn aus wie eine ausgebrannte Schlade, in der kein Fünkchen Blut.

Zwenzigjährige Jahre war er durch dieses Tor ein- und ausgegangen in freudigen, in kummerwollen, in zornesbitteren Stunden. Jetzt fiel es ins Schloß, hart, rasselnd, verächtlich, und eine Hand wuchs aus der Erde und wehrte ihm den Eingang und wehrte ihm das Brot. Sie rüsteten zu einer großen Reise. Die alten Möbel kamen in fremde Stuben, unter fremde Hände, die lieblos sein würden. Ein Ab-

schied von ein paar Gräbern, Dann gingen sie fort, landfahrende Leut, Sandkörner auf der weiten, weiten Straße, Land vor dem Winde.

III. Teil.

Ostpreußen! Welch fremde Welt. Da war kein Berg, kaum ein Hügel. Die weiten Felder, die schön sein mochten im Segen der Brotrucht, lagen trostlos, ohne Anfang, ohne Ende, im trostlosen Novembertag, bargen sich im regenverwaschenen Kleide langer, leerer Wartestunden. Und die Stunden würden sich zu Tagen, Wochen, Monden reihen.

Von zerfassten Bäumen taumelten Stamm und schwer die letzten weissen Blätter nieder, schwer und ergeben, wie arme Leute zu Grabe gehn.

„Güldenboden.“ Ein freundlicher Name, der Name blieb, nicht Farbe, nicht Bild, nicht Wesenheit wurde. Von dort froh ein bimmeldes Züglein auf schmalen Geseisen in den Novemberabend hinein, wollte aus kleinen Fenstern ärmliches Licht in das dicke Dunkel strömen, das draußen vor den Scheiben sah und kalt und naß durch die Ritzen froh.

Land der weiten, flachen Felder, in keinem Traume ersehnt und nun Wirklichkeit geworden, unfroh, bedrückende Wirklichkeit.

Das Vorwerk lag in einer sanften Wäude in lehmigen Feldern, auf die der Regen regnete jeglichen Tag, durch die schmale Wege gingen, von zertrretenen Raingräbern eingesäumt. Wie wirre Büschel fahlen, gelblicher Haares in niedrigen Strüchen, so stand das tote Gras.

Und der Regen rauschte und platschte und gurgelte und sprang in weitem Bogen aus der übervollen Rinne und stieß breit aus der großhäudigen Tonne und schammelte den grünen Haufen Viehfutter unter die Fenster des Wohnhauses. „Was ist das für Zeug, das stinkt so,“ fragten die Schwestern und standen in schweren,

ungewohnten Holzschuhen, regenschirmbewehrt und begudten den Hansen. „Das sind Rücken-schmitz, trauste Frauleinchen, das freisen die Kiehe,“ erklärte Hansen, der dänische Pächter, der auf dem Vorwerk schaltete.

Er war ein guter Mann, der Däne Hansen, und ein besonnener Mann, der niemals eine Arbeit überstürzte und sich niemals zu einer Arbeit drängte. Und seine Frau, geborene Skulowitz, weiland Mansfeld auf dem Herrschaftsgut, war eine gute Frau und eine bessere Mutter. Sie verteilte Liebe und Schläge rechtschaffen zwischen Lott, ihrem schielenden Mädelchen und Lies, dem lieblichen Stiefkind. Lott bekam die Liebe, geschmälzt mit heimlichen Lederbissen, und Lies die Schläge, gewürzt mit Hunger. Also überwand die eifrige Christin in stillen Kämpfen das eigene Herz; denn es steht geschrieben: „Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er.“

Sie besah drei rotplüschene „Fotejchs“, wie es Brauch ist in Ostpreußen, und die nahmen sich absonderlich genug aus in der unsauberen Bauernstube neben dem Fleischtuber, einer abgedankten Waschwanne und dem großen Kessel, in dem das Schweinefutter brödelte.

Da war noch Rah, ein frommer Stetenhund mit zahnlösem Maul, der jedem Fremden vertrauensvoll zuwendete und Ruh, ein großer, prächtiger Widdlater, der keinen unfreundlichen Blick verzieh und immerzu stahl. „Der Kreet klaut,“ so hatte ihn Herr Hansen vorgestellt.

In den oberen Stuben wohnte der Vater mit den Mädeln. Er war Biegemeister in der Stuhlfabrik, die eine kleine halbe Stunde weit an der Fahrstraße lag. Und noch eine kleine halbe Stunde weiter war das winzige enge, unsaubere Städtchen.

Vor den Fenstern dehnten sich die Felder in ihrem verwaschenen Gelb und Grau, und zwischen Himmel und Erde war nichts als der Regen und Einsamkeit. Tiefe, zehrende Einsamkeit.

Und einsam stampfte der Vater seinen Weg über fremden Boden hin, und einsam sah in fremden Stuben das junge Blut und froh bis ins Herz hinein.

Dann brach er eines Tages, in den Aermeln seines dicken Friesrocks warm verdeckt, zwei junge Hunde ins Haus, die zieferten und quetschten und mit zarten Stimmchen bläfften und dann ihre Milch vergnüglich schlöbberden. Es war keines Leben, aber es war doch Leben. Sie wurden Piccolo und Pommeranzl getauft, fraßen und wuchsen und spielten ihre Hundekinderpiele, und die grauen Stunden krochen nun oftmals nur draußen die Tür vorbei. Dann mußte der kleine Pommeranzl geädert werden. Ruh, der Lückische, hatte ihn überfallen und ihm ein Auge ausgeschlagen.

Frost und Schnee kamen. Eiswind blies um das Haus, und die Kälte setzte sich ins Gemauer. Und vor den Fenstern lag es endlos weiß und schaffte den Augen Pein. Endlos lag es draußen, wie ein erstarrtes Meer, bedeckt mit weissen, weichen Schwanenfüßeln. Und die Herzen wurden frisch dabei, es trieb hinaus in die klare Kälte, die die Wangen brannte und das Blut in den Adern stapelte.

Wie ist die Erde so groß und weit und gibt den kleinen Menschen so vielen Raum. Doch sie hocken beisammen. Andre Hände gieren nach dem Brot, das dem einen entfallen will, andre Häupter neiden ihm sein Pfälz, andre Füße stapften herrenmäßig fest auf in seinen Sturben, kaum daß man ihn, erst halb erkaltet, über seine Schwelle hinausgetragen.

Als der Buchhalter Fridolin Willibald Rimmerlein am Heimweg nach Süddeutschland und am ostpreußischen Schnaps gestorben war, da kamen die lieben Verwandten herzugeeifert, ohne die Müß und Beschwernis der weiten Wege zu scheuen. (Fortsetzung folgt.)

Bewaffnete Schützenorganisationen der tschechischen Agrarier.

Die Bauern werden zu den Waffen gerufen!

Tschechischer Sozialdemokrat ist nachgehendes Flugblatt der tschechischen Agrarpartei in die Hände geraten:

Sekretariat der republikanischen Partei der Landwirte und Kleinbauern in Brno a. G.
Lieber Freund Vertrauensmann!

In der letzten Zeit ereignen sich in erhöhter Anzahl Lähne Diebstähle, Heberfälle von Leuten, räuberische Überfälle, durch welche meistens unsere Angehörigen auf dem Lande betroffen werden. Diese Verbrechen wird keine behördliche Maßnahme beseitigen und verhindern, nicht einmal die erhöhte Zahl von Gendarmen in den Landgemeinden.

Im Krieg und nach dem Kriege erwachsene, sowie durch den Krieg verorbene Menschen werden eine ständige Gefahr für die Ruhe unserer Landgemeinden sein.

Das einzige und wirksame Mittel gegen solche Individuen sind nicht bereit, auf der Selbsthilfe beruhende, gut geführte und organisierte Korporationen.

Wir erziehen Sie daher, in Ihrer Gemeinde sofort wenigstens 13 Leute zu organisieren (möglichst ehemalige Soldaten), welche eine zwölfwöchige Schützengenosenschaft bilden, wobei der dreizehnte der Kommandant ist. Aus diesen Gemeindefamilien wird eine nationale Schützenvereinigung gebildet werden. Die Kommandanten der Schützengemeinschaften, welche unbedingt unsere besten Leute sein müssen, von gutem und tadellosem Charakter, vollkommen verlässlich, der Partei und ihrem Programm ergeben, werden Kurse für die Ausbildung und Erziehung der Funktionäre der nationalen Schützenvereinigung absolvieren können. Für diese Schützengemeinschaften sind insbesondere alle Freunde der Jagd, ehemalige Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus der Reihe unserer Mitglieder und der Jugendorganisationen, der Legionäre usw. zu interessieren.

Sie fragen, warum wir dies organisieren? Sie können Selbsthilfeorganisationen für die Sicherung der Ruhe und Ordnung in unseren Dörfern und damit auch den Schutz des Privateigentums nicht als überflüssig bezeichnen. Sie können die Vorbereitung, das Bereitsein und die Ausbildung gegenüber allen jenen, welche den guten Ruf unseres Staates schädigen und die die Ruhe und Sicherheit auf dem Lande stören, nicht als überflüssig bezeichnen.

Die Kunst und Ausbildung im ordentlichen Umgang mit guten, präzisen Waffen und die Beherrschung derselben erhöht das Selbstbewußtsein und das Vertrauen in die Selbstwehr unserer Leute und damit auch die Beruhigung der Landbevölkerung.

Wie lassen zusammen:
1. Schaffet ungehindert Schützengemeinschaften.
2. Das Mitgliederverzeichnis leidet sofort dem Sekretariat.

3. Stellet einen Katalog der Soldaten und Legionäre, sofern sie unsere Angehörigen sind, zusammen und überreicht ihn sofort dem Sekretariat.
4. Verantwortet für die Mitglieder der Organisation Versammlungen, auf welchen Euch vor allem der Sekretär die Bedeutung dieser Wehkorporation erklärt.

Einigt Euch mit dem Sekretär und ruft eine Mitgliederversammlung ein, auf welcher Euch Zweck und Bedeutung unserer Wehorganisationen erklärt.

Die Parole für die künftige Tätigkeit:
Wir Rumern! In die Waffen gegen die Störer der Ruhe und Ordnung! Wir schließen mit der Aufforderung:

Bereiten wir uns auf vor, die Ruhe und Sicherheit für uns und für die Nachbarn und die Sicherheit des Staates gegen alle zu wahren!
Mit republikanischem Gruß:

Vr. Jahradnil,
Sekretär.

Das hier veröffentlichte Zitat ist über alle Fragen klar und muß auch den gleichgültigsten Arbeiter aufrufen. Es handelt sich um nichts anderes als um

bewaffnete Massenorganisationen der Agrarier.

Die Partei, der der Ministerpräsident und der Minister für nationale Verteidigung angehören, Männer also, deren Beruf es ist, für die von den Agrariern verlangte Ruhe und Ordnung zu sorgen, fordert zur Aufstellung bewaffneter Formationen auf, die die allergroße Gefahr für eben diese Ruhe und Ordnung sind. Diese Formationen sollen das Mittel sein, um den schrankenlosen Terror der Agrarier auf dem Lande zu etablieren. Während man jede Windjade unserer Ordnerorganisationen für eine Bedrohung der Tschechoslowakischen Republik hält, ja sogar das rote Kopftuch der Frauen als einen Hochverrat betrachtet, werden hier

unter den Augen der Regierung direkt faschistische bewaffnete Haufen geschaffen.

Man sieht daran auch, wie ernst es der Regierung mit dem Kampf gegen den Faschismus ist. Die Regierungsparteien suchen vielleicht die Faschistengemeinde zu kompromittieren und zu schwächen, aber nur deswegen, um sich selbst

faschistische Organisationen zu schaffen, die unter ihrem unmittelbaren Einfluß stehen. Der Minister des Innern, der sich immer auf den unparteiischen Bürokraten hinausspielt und in unbewaffneten Ordnerorganisationen schon eine Gefahr für den Staat wittert, mühte hier eine strenge Untersuchung aufstellen, denn die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist Aufgabe der staatlichen Institutionen, vor allem der Polizei und der Gendarmerie, aber nicht agrarischer Schützen. Man wird ja sehen, ob der Herr Minister des Innern die Staatsautorität gegenüber bewaffneten Schützen ebenso wahrhaft wie gegen die Mäher unserer Ordner.

Das alles geschieht im Zeichen einer Regierung, in der auch deutsche Parteien sitzen, trotzdem jedes politische Kind wissen muß, daß sich bewaffnete faschistische Organisationen auch gegen Deutsche verwenden lassen. Die deutschen Parteien, welche an der Regierung teilnehmen, sind eben im Herzen ebenso faschistisch gefärbt wie ihre tschechischen Massengenossen und haben daher gegen die Aufstellung tschechischer faschistischer Organisationen nichts einzuwenden, obwohl solche Organisationen

eine schwere Bedrohung der Rechte der deutschen Bevölkerung

darstellen. Für diesen Verrat, den die deutschen Regierungsparteien an den Lebensinteressen der deutschen Bevölkerung nun abermals begehen, darf ihnen am Tage der Gemeindevahlen der Lohn nicht vorenthalten werden!

Zahlt Rußland die Zarenschulden?

Litwinow behauptet es, Frankreich dementiert.

Aus Moskau wird durch die amtliche russische Agentur (Tah) gemeldet:

Ein Vertreter der Telegraphenagentur der Sowjetunion wandte sich an den Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Litwinow mit einer Anfrage im Hinblick darauf, daß ein Teil der französischen Presse seine Erklärungen über eine in der Schuldenfrage erzielte Verständigung bestritt. Litwinow erwiderte:

„Ich ermächtige Sie, öffentlich mitzuteilen, daß zwischen der sowjetrussischen und der französischen Delegation eine vollkommene Verständigung in der Schuldenfrage erzielt worden ist. Ein allgemeines Übereinkommen ist lediglich deshalb nicht unterzeichnet worden, weil die französische Delegation unsere Vorschläge betreffend Kredite noch nicht angenommen hat. Es ist zwar in der Kreditfrage eine Verständigung erzielt worden, jedoch besteht noch keine Einmütigkeit über das Ausmaß der Kredite. Die Sowjetregierung ist bereit, im Laufe der nächsten sechs Monate bei einer Bank eine erste Halbjahresrate von 30 Millionen Goldfranken einzuzahlen, von denen die ersten Zahlungen an die französischen Inhaber russischer Wertpapiere sogleich nach der Ratifizierung eines allgemeinen Abkommens über die Schulden und Kredite durch beide Regierungen erfolgen können. Hiervon die französische Delegation in Kenntnis zu setzen, haben wir heute Maloski ermächtigt.“

Demgegenüber verbreitet die Agentur Havas, als die halbamtliche Pariser Nachrichtenstelle, folgendes Dementi:

„Die von Litwinow aufgestellte Behauptung, daß in der Schuldenfrage eine vollkommene Einigung erzielt sei und eine solche in der Frage der Kredite in Aussicht stehe; entspricht keineswegs den Tatsachen. Die französische Delegation wird in Kürze in einer eingehenden Erklärung die Dinge klarsstellen.“

Interessant ist auf jeden Fall die Tatsache, daß Rußland bereits seine Bereitschaft zur Zahlung der Zarenschulden erklärt hat. Das französische Dementi ändert nichts daran, daß Rußland seinen Widerstand gegen die Zahlung der russischen Vorkriegsschulden aufgegeben hat. Die kompromittierten Bolschewiken, die jahrelang ihre Agitation damit befruchteten haben, daß sie als Vertreter des revolutionären Rußland die Schulden des Zaren nicht zahlen, daß sie nicht für die Rückzahlungskredite des zaristischen Rußland aufkommen würden, haben wieder einmal ein Kompromiß geschlossen. Sie sind bereit, dem französischen Kapital das Geld zurückzuzahlen, das sich Nikolai borgte, um seine Untertanen in den Krieg führen zu können. Während die Kommunisten den deutschen Sozialdemokraten Verrat an der Arbeiterklasse vorwerfen, weil sie die Dawesverträge angenommen haben, werden sie in Rußland, für das natürlich eine andere These gilt, den Arbeitern das Kapital abpressen, das sie den französischen Bankiers zinsen.

Seipels Justizhande.

Schwere Anklagen Otto Bauers im Justizauschuß.

Wien, 22. September. (Eigenbericht.) Heute begann im Justizauschuß die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Amnestie für die wegen der Julierequisiten Angeklagten. Der Antrag wurde vom Genossen Seiver begründet, der unter anderem feststellt, daß die Demonstrationen natürlich hätten friedlich sein sollen, aber durch die Mißgriffe der Polizei einen ganz anderen Charakter angenommen haben. Außerlich stellt fest, daß die Staatsgewalt, die 85 Menschen töten lasse, allen Anlaß habe, das weitere Verfahren ruhen zu lassen. Er legt dann dar, daß alle Prozesse, die bisher stattgefunden haben, beweisen, daß alles eine Sache der Justiz war. Er fordert vom Minister Erklärung über die Zahl der Prozesse, die noch schweben, worauf der Justizminister mitteilt, daß insgesamt 919 Personen angezeigt wurden, wovon 317 Verfahren bereits eingeleitet sind, 48 wurden an die Bezirksgerichte abgetrennt. In Untersuchungshaft befinden sich 58 Personen. Unter diesen sind 41 wegen Verbrechens des Aufstandes, 14 von diesen auch noch wegen anderer Delikte angeklagt, wegen Brandlegung sind fünf in Untersuchungshaft, wegen Hausfriedensbruch zehn, wegen Blindeutung acht. Derauf machte Dr. Bauer geradezu sensationelle Mitteilungen über die Art, wie die Schöffengerichte zusammengestellt wurden. Er erklärte, daß die Urteile, die bisher gefällt wurden, nicht auf rechtmäßigem Wege zustande gekommen sind, sondern durch nichtige Urteile errichtet wurden. Das Gesetz schreibt vor, daß die Schöffen in der Reihenfolge der Liste zum Dienst berufen werden sollen. Bei den Prozessen wegen der Julivorfälle hat man aber zwei Arbeiter, die an der Reihe waren, ausgelassen und stattdessen eine Direktorsgattin und einen Unternehmer für den Schöffensatz einberufen. Dafür treffen jedenfalls den Präsidenten des Landesgerichtes die Verantwortung und er werde sich nicht ausreden können, daß irgend ein Untergeordneter diese Maßnahmen getroffen habe. Unter dem Eindruck dieser Mitteilungen erhob sich der Justizminister und erklärte er müsse angesichts der Schwere der Anklagen erklären, daß er die strenge Untersuchung einleiten werde und es wurde auf Antrag Dr. Bauers die Sitzung bis morgen nachmittag verlegt.

Milde nur für Erpresser.

Wien, 22. September. (Eigenbericht.) Offenbar als Gegenstück zu den Prozessen gegen die Julipolizei erfährt die „Arbeiter-Zeitung“, daß das Landesgericht die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den wegen Erpressung verurteilten Alexander Weich bewilligt hat, weil Gast-Lione in der Untersuchung erklärt habe, er habe sich von Weich nicht bedroht gefühlt. Das ist der Dank dafür, daß dieser Erpresser für die Christlichsozialen die Verleumdungskampagne gegen Sozialdemokraten führt.

Der Tollhäusler von Doorn applaudiert.

Berlin, 22. September. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Erst jetzt wird, wie der „Reichsdienst der deutschen Presse“ meldet, bekannt, daß der ehemalige Kaiser Wilhelm II. dem Reichspräsidenten von Hindenburg anlässlich der Weihe des Denkmals für die Schlacht von Tannenberg ein Telegramm sandte, das wie folgt lautet: „Von mir mit dem Auftrage entsandt, Sieprecht, lasse es was es wolle, vom Feinde zu befreien, gelang es Ihrer und des Generals Ludendorff überlegenen Führung, unterstützt durch die hingebende Mithilfe Ihrer Unterführer und Gehilfen, die meist der Schule meines alten Generalfeldmarschalls, des Grafen Schlieffen entstammten, mit unserer unvergleichlichen, von Opferfreudigkeit und Tapferkeit besetzten Truppen diesen herrlichen Sieg zu erkämpfen.“

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

- 10.30: Sportnachricht. 11.30: Rundfunkkonzert. 12.15: Rundfunk für Alle. 12.30: Schallplattenkonzert. 13.15: Rundfunk für Alle. 14.00: Rundfunkkonzert. 14.15: Rundfunk für Alle. 15.00: Rundfunkkonzert. 15.15: Rundfunk für Alle. 16.00: Rundfunkkonzert. 16.15: Rundfunk für Alle. 17.00: Rundfunkkonzert. 17.15: Rundfunk für Alle. 18.00: Rundfunkkonzert. 18.15: Rundfunk für Alle. 19.00: Rundfunkkonzert. 19.15: Rundfunk für Alle. 20.00: Rundfunkkonzert. 20.15: Rundfunk für Alle. 21.00: Rundfunkkonzert. 21.15: Rundfunk für Alle. 22.00: Rundfunkkonzert. 22.15: Rundfunk für Alle. 23.00: Rundfunkkonzert. 23.15: Rundfunk für Alle. 24.00: Rundfunkkonzert. 24.15: Rundfunk für Alle.

Deutschland und Oesterreich.

Auf dem Wege zur Rechtseinheit.

Berlin, 22. September. (V.D.) In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform berichtete Reichsjustizminister Heerg über die Einträge, die er bei seiner Teilnahme an den Verhandlungen über den Strafgesetzentwurf im Wiener Nationalrat gewonnen hat.

In den Beratungen sei klar hervorgetreten, daß alle Parteien, auch die Oppositionsparteien, mit der österreichischen Regierung in dem Wunsch einig sind, die Arbeiten an dem Strafgesetzbuch zu fördern, um die Rechtseinheit mit Deutschland auf diesem wichtigen Gebiete herzustellen.

Der Ausschuß verhandelt alsdann über einen sozialdemokratischen Antrag, einen der fraktionellen Zusammensetzung des deutschen Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform entsprechenden Unterausschuß einzusetzen, der die Aufgabe haben soll, mit einem entsprechenden Ausschuß des Rechtsausschusses des österreichischen Nationalrates über den Strafgesetzentwurf zu fortlaufenden gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten.

Nach längerer Aussprache wurde die Abstimmung über den vorstehenden Antrag zunächst zurückgestellt, dagegen wurde in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit den entsprechenden Mitgliedern des österreichischen Nationalrates zusammenarbeiten hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.

Barrikaden in Hankau.

London, 22. September. (Havas.) Aus Hankau wird gemeldet, daß es dort zu ersten fremdenfeindlichen Unruhen gekommen sei. Japanische Truppen hätten aus Wajianggewehren auf chinesische Manifestanten geschossen, wobei einige Personen getötet worden seien. Um die französische Konzeption seien Barrikaden aufgestellt worden.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Rom.

Rom, 22. September. Heute morgens ist aus noch nicht ermittelter Ursache ein Güterzug auf dem hiesigen Tiber-Bahnhof auf einen dort gerade angekommenen Sonderzug mit ehemaligen Kriegsteilnehmern aus Brescia aufgefahren. Zwei Waggons des Sonderzuges wurden vollkommen zertrümmert, andere schwer beschädigt. Etwa 50 Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Zehn Personen erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Faschistendemonstrationen in Prag.

Prag, 22. September. Heute abend fand auf der Zofienstraße eine Faschistenversammlung, die erste, die die Polizei nach dem Überfall in Zagava bewilligt hat, statt. Die Versammlung war so zahlreich besucht, daß eine zweite im Garten abgehalten werden mußte. Es sprachen mehrere Mitglieder des Direktoriums, die während ihrer Reden, als sie den Außenminister Dr. Benes angriffen, wiederholt von Polizeibeamten verwarnt wurden. Nach der Versammlung zogen mehrere hundert Teilnehmer, da die Nationalstraße von starken Polizeibeamtungen abgesperrt war, durch die Nebengassen und die Wassergasse auf den Wenzelsplatz, wo sie vor dem „Cesta Slova“ in stürmische Pfuirufe auf Benes und Schreie auf Gajda ausbrachen. Als auf dem Wenzelsplatz ein Faschist eine Rede halten wollte, schritt Polizei ein und zerstreute die Demonstranten.

Deutschland.

- 10.30: Sportnachricht. 11.30: Rundfunkkonzert. 12.15: Rundfunk für Alle. 12.30: Schallplattenkonzert. 13.15: Rundfunk für Alle. 14.00: Rundfunkkonzert. 14.15: Rundfunk für Alle. 15.00: Rundfunkkonzert. 15.15: Rundfunk für Alle. 16.00: Rundfunkkonzert. 16.15: Rundfunk für Alle. 17.00: Rundfunkkonzert. 17.15: Rundfunk für Alle. 18.00: Rundfunkkonzert. 18.15: Rundfunk für Alle. 19.00: Rundfunkkonzert. 19.15: Rundfunk für Alle. 20.00: Rundfunkkonzert. 20.15: Rundfunk für Alle. 21.00: Rundfunkkonzert. 21.15: Rundfunk für Alle. 22.00: Rundfunkkonzert. 22.15: Rundfunk für Alle. 23.00: Rundfunkkonzert. 23.15: Rundfunk für Alle. 24.00: Rundfunkkonzert. 24.15: Rundfunk für Alle.

Gerichtssaal.

Eine Tragödie der unehelichen Mutterschaft.

Prag, 21. September. Es ist immer die gleiche Geschichte, immer der gleiche Roman, der im Gerichtssaal zum Abschluss kommt, wenn das junge Mädel, das den „Fehltritt“ beging — meist ist es ein Dienstmädel — die Folgen dieses Fehltrittes in ihrer Verzweiflung aus der Welt schafft und sich nachher zum ersten Male in ihrem Leben Staatsanwälten, Senatspräsidenten, Botanten, Advokaten, Geschworenen, Journalisten, Polizisten, Justizsoldaten und einer Riesensmenge schaulustigen Publikums gegenüber sieht. Seit Jahrhunderten steht hinter dem jungen Mädchen, das sich aus Liebe einmal hingab, „der böse Geist“ der Furcht vor der unehelichen Mutterschaft, seit Jahrhunderten erfüllt so eine junge Seele die Bitte: „Ach neige, du Schmerzender, dein Antlitz gnädig meiner Not!“ und da Maria nicht hilft, sondern nur die Befreiung des § 144 helfen kann, so kommt es dann zum letzten Akt der Tragödie: „Lass mich das Kind erst noch tranken... Sie nahmen mirs, um mich zu kränken, und sagen nun, ich hätte es umgebracht!“

Auch heute stand wieder so ein Mädchen vor dem Geschworenengerichte unter dem Vorsteh des OGB. Hellriegel. Die kaum achtzehnjährige Anna K., Dienstmädel bei einem Polizei-Revierinspektor in Pöbelski, hatte ein Verhältnis mit einem jungen Gärtnerburschen, das nicht ohne Folgen blieb. Der Vater erklärte dem Mädel: „Wenn du einmal ehelos wirst, dann hau' ich dir den Kopf ab!“ Die Mutter sagte: „Ste dich in der großen Stadt. Aber wenn du trotzdem meinen Rat nicht hören willst, dann ist Schluss zwischen uns.“ Das Mädel gehor also am 27. Juni einen Anaben, dann war sie die Frau, sie in die Gebäranstalt schaffen zu lassen, obgleich sie schon daheim geboren hatte. Nachmittags kam sie wieder, dann wurde das Kind mit zerkleinerter Brust im Ofen der Wäschkammer gefunden. Das Mädchen bestritt seine Schuld, es hätte das Kind sogar, das ihr am Klosetz entglitten war, zu retten versucht. Sie bestimme sich auf nichts. Sicherlich sprach die Achtzehnjährige die Wahrheit, wenn sie sagte, daß sie sich auf nichts bestimme. Alle Obdankologen bestätigten, daß viele Mütter in ihrer Sinnesverwirrung nach der Geburt fähig wären, ihr Kind zu erdrücken. Der Verteidiger appellierte unter Hinweis auf das soziale Moment der unehelichen Mutterschaft einer Dienstmagd an die Geschworenen und kritisierte mit scharfen Worten das Gutachten des Gerichtsarztverständigen Prof. Dr. Slavik, der von dem Reugeborenen auf einen Schlag mit einem Instrument: als „gewiß“ erklärte. Der Verteidiger nahm dieses vom Gerichtsarztverständigen als „absolut sicher“ vorgebrachte Gutachten zum Anlaß, um die Geschworenen auf das Fehlverhalten des genannten Psychiaters im Falle des Oberleutnants Felix aufmerksam zu machen, der bekanntlich vier Jahre ungeschuldig im Kerker saß, und zog sich durch diese Bemerkung eine Rüge des Gerichtspräsidenten zu. Die Geschworenen bestanden nach kurzer Beratung auf der Hinzufügung einer Eventualfrage wegen Verschärfung der pflichtgemäßen Obfuge und Gefährdung der Sicherheit des Lebens laut § 335 des St.-G.-B., die sie dann mit zwölf Stimmen bejahend beantworteten, während die Frage auf Mord mit der Zusatzfrage „in Sinnesverwirrung“ verneint wurde. Das Mädchen wurde zufolge dieses Verdiktes zu zehn Wochen einfachen Arrestes verurteilt, welche Strafe durch die Untersuchungshaft abgebußt ist.

Es ist das erste Mal, daß die Geschworenen in einem solchen Falle, Tötung des Kindes unmittelbar nach der Geburt, auf der Eventualfrage laut § 335 bestanden. In den meisten Fällen entscheiden sie sich für eine Verneinung der Hauptfrage, also für einen Freispruch. Diese von den Geschworenen verlangte Zusatzfrage rief viel Polemiken im Auditorium hervor. Der sozialempfindende Sozialpolitiker wird in diesem Falle sagen: „Nicht die Achtzehnjährige ist für diesen Fall verantwortlich, sondern unsere sozialen Verhältnisse, der Mord der unehelichen Mutterschaft und vor allem der § 144, welcher eine junge Dienstmagd, die nicht mehr nach Hause darf, zwingt, einem Kinde das Leben zu schenken, das sie nicht wünscht.“

Noch etwas genug Wichtiges: Weshalb befindet sich in Begleitung von weiblichen Angeklagten ein männlicher Aufseher? Weshalb nicht eine Aufseherin? Im Zeitalter der Frau wäre es nur recht und billig, wenn eine weibliche Angeklagte nur von weiblichem Aufsichtspersonale begleitet würde.

Kleine Chronik.

Ein fünfzehnjähriger lebender Farn. In dem botanischen Garten zu Leningrad befinden sich drei über tausend Jahre alte Exemplare des Farnes *Osmunda regalis*. Das Alter des größten dieser Farnen wird auf vierzehntausend bis fünfzehntausend Jahre geschätzt. Er ist in der Ruhezeit 76 Zentimeter hoch und 1 Meter 18 Zentimeter breit. Im Sommer, in voller Vegetation, beträgt die Höhe der Pflanze mit den Wedeln 2 Meter 30 Zentimeter, die Breite 2 Meter 75 Zentimeter. Diese drei uralten Farnen wurden in einem sumpfigen Urwald des Kaukasus gefunden, von wo sie im Jahre 1903 in den botanischen Garten in Leningrad kamen. Es war eine schwierige Arbeit, diese alten, mit Moosen bewachsenen Riesen aus dem schwebelnden Moorboden herauszuholen. Der Farn *Osmunda regalis* ist auch in Mitteleuropa sehr verbreitet, doch hat man nirgends derartige Riesen gefunden.

Eingeflügelter Funkturm. In der Nacht zum Mittwoch stürzte auf dem Funkgelände in Gletow zwischen Berlin und Potsdam ein hölzerner Funkturm unter dem Druck eines starken Sturmes ein. Es handelt sich um einen von drei 30 Meter hohen Türmen, die von der Telefunken-Gesellschaft zu Versuchszwecken über die beste Art der Aufhängung von Antennen aufgestellt wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Turnen und Sport.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein, Prag. Heute, Freitag, um 7 Uhr abends im „Sozialdemokrat“ wichtige Ausschussung. Es wird gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Sportler und Gemeindevähler. Zu den im Oktober stattfindenden Gemeindevahlen ist es Pflicht aller Sportler, sich der Partei zur Verfügung zu stellen. In den Vorwochen sind Propagandaveranstaltungen (Straßenläufe, Stafetten usw.) durchzuführen, die vor allen unseren Forderungen an Staat und Gemeinde Nachdruck zu verleihen haben. Als Bestandteil der Arbeiterbewegung haben wir an allen Aktionen der Partei teilzunehmen. Denn ihre Erfolge sind auch Erfolge für uns. Rüstet daher in allen Orten und Vereinen, tretet mit der Partei in Verbindung, damit alle Propagandamöglichkeiten ausgenutzt werden. In einzelnen Orten wurde bereits gute Vorarbeit geleistet. Alle Turn- und Sportgenossen müssen einen geschlossenen Block bilden, um den Ansturm der Reaktion gehörig abzuweisen. In den nächsten Tagen sei die Arbeit daher auf die Agitation für die Gemeindevahlen eingestellt.

Falkenau — der neue Bundesmeister im Fußball. Im Endkampf um die Bundesmeisterschaft standen sich Reichenberg und Falkenau gegenüber. Das Treffen war reich an spannenden und schönen Momenten und wurde von beiden Vereinen würdig durchgeführt. Falkenau siegte infolge seiner größeren Ausdauer verdient, aber nicht überzeugend, nach einstündiger Verlängerung mit 4:2 (2:1, 2:2).

Länderfußballspiele Schweiz gegen Deutschland. Die Spiele kommen am 24. und 25. September in Basel und Zürich zum Austrag. Für den Schweizer Arbeitersportverband geht damit ein langerehnter Wunsch in Erfüllung. Die Schweizer Genossen sehen in den Spielen mit einer deutschen Ländermannschaft nicht nur sportlich interessante Treffen und internationale Kundgebungen. Weit mehr hoffen sie durch die Spiele eine Rückstärkung im Kampf gegen die bürgerliche Fußballbewegung zu erhalten. Die Schweizer Mannschaft ist nach einem Städtepiel Basel—Zürich aufgestellt worden. Die deutsche Ländermannschaft setzt sich aus nur durchwegs süddeutschen Spielern zusammen, darunter drei Genossen, die in den letzten Landespielen in ihren Leistungen absolut erstklassig waren. Es darf zu erwarten sein, daß die deutsche Mannschaft ein technisch und sportlich hochstehendes Spiel zeigen wird. Nach den Niederlagen dürften Siege dem Ansehen der deutschen Arbeiter-Fußballbewegung durchaus zuträglich sein.

Die Dresdener Stadtmannschaft in Wien und Graz geschlagen. Die Dresdener waren am Samstag nicht in der Lage, ihre Ostern auf heimischen Boden von der Wiener Stadtmannschaft erlittene 1:3-Niederlage in Wien wieder wettzumachen. Im Gegenteil, sie verloren doppelt so hoch (2:6). — In Graz erlitten die Dresdener eine unglückliche Niederlage. Trotz ihres schweren Spieles vom Vortage waren sie noch fit und hätten nach den gezeigten Leistungen zumindest ein Unentschieden verdient. Die Dresdener verloren 3:5 (2:2).

Handball-Ländertkampf Deutschland gegen Oesterreich. Dieses Treffen findet Sonntag in Halle statt. Die deutsche Mannschaft absolvierte bereits ein Probeispiel, das zur vollsten Zufriedenheit ausfiel, sie schlug die Bezirksmannschaft Magdeburg 14:3 (10:1). Die Deutschen verloren bekanntlich in Prag bei den Festlichkeiten der tschechischen Genossen gegen Oesterreich mit 10:4 und werden sich diesmal sehr bemühen, diese Scharte auszuwegen.

Kunst und Wissen.

Konzert Battistini am 4. Oktober im Luzernsaal: Ariens aus Wagners „Tannhäuser“, Offians Verse aus Massenets „Werther“, Serenade aus Mozarts „Don Juan“, Ariens aus „Torquato Tasso“, „Haltstoss“ und „Hernani“, Rossinis Neapolitanische Tarantello usw. Karten bereits im Vorverkauf.

Konzert Titta Russo abgesetzt. Russo erkrankte unterwegs von Zürich, wo er dieser Tage sang, und kann das Konzert am Freitag in Prag nicht absolvieren. Da es infolge der Zeitdispositionen des Künstlers nicht möglich ist, das Konzert auf ein späteres Datum zu verschieben, muß das Konzert leider abgesetzt werden. Das Geld für die gelösten Karten wird in den Vorverkaufsstellen rückerstattet.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, halb 8 Uhr abends: „Stiefmama.“ Samstag (23—1), 8 Uhr: „Gräfin Mariza.“ Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Cecilia“; 7 Uhr: „Walzertraum.“ Montag (23—1), 7 1/2 Uhr: „Gyges und sein Ring.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: „Seidenstrümpfe.“ Samstag: „Sunbury.“ Sonntag, 3 Uhr: „Seidenstrümpfe.“ 7 1/2 Uhr: „Meine entzückende Frau.“

Bereinsnachrichten.

Der Gesangsverein „Gutenberg“ in Prag veranstaltet Samstag, den 1. Oktober l. J., im großen Feinsaal ein Kirchweih-Kränzchen. Eintritt im Vorverkauf 8 K., an der Kasse 10 K. inkl. Steuer. Vorverkauf bei sämtlichen aktiven Mitgliedern und im Feinsaal (Portier).

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag für den Druck verantwortlich: Otto Holth. Prag Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Post- u. Telegraphen-Direktion mit Erlaß Nr. 127.491/VII/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.

Einfielde-Bücher

- Einmachen der Gemüse . . . 6.—
- Einmachen der Früchte . . . 3.—
- Dörren des Obstes und der Gemüse . . . 3.—
- Marmeladen- u. Musbereitung . . . 3.—
- Kandierte Früchte u. Konfitüren . . . 3.—
- Fruchtsaft-Bereitung im Haushalt u. Kleinbetrieb . . . 3.—
- Obst- und Beerenweinbereitung . . . 15.—
- Dora's Einfieldekunst . . . 8.40
- Kochbuch d. Prager Kochschule . . . 45.—

Einsiede-Pergament

zu beziehen durch **Volksbuchhandlung Tepitz-Schönau Königsstraße 13.**

Cachen links!

Das neue deutsche Mitglied ersichtbar wachsend. Jede Nummer ab 1.10. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Ernst Zatlitz Karlsbad, Aerag Palace**

Zur Gemeindevahl!

Die Aufgaben und Forderungen der freien Gemeinde. Ein Nachschlagebuch für alle Gemeindefunktionäre. **6 Kronen.**

Volksbuchhandlung in Tepitz-Schönau Königsstraße 13 (direkt gegenüber dem neuen Stadttheater).

Der Film.

Ein polnischer Kriegsfilm. Eine Warschauer Produktionsfirma beendet die Aufnahmen zu dem Marine-Film „Der Ruf der See“. Das **Koch-Theater** in New York, das größte Kino der Welt mit über 6000 Sitzen, hat seit seiner Eröffnung am 12. März d. J. — also in 25 Wochen — rund 25 Millionen Dollar Kassa-Einnahmen aufzuweisen.

Ein Filminstitut des Völkerbundes. Die italienische Regierung hat in einer Sitzung des Völkerbundes durch ihren Delegierten sich bereit erklärt, die Kosten für ein in Rom zu errichtendes Filminstitut des Völkerbundes zu tragen. Das Angebot der Regierung wurde unter Hinweis auf die große kulturelle und pädagogische Bedeutung des Films gemacht, der ein ausgezeichnetester Faktor der Aufklärung sei.

Deine proletarische Pflicht

gebietet Dir Mitglied des **Konsumvereines** zu sein und den Ausbau der **Genossenschaftlichen Eigenproduktion**

durch steten Bezug der **GEC-Produkte** zu fördern.

GEC-Produkte

Gute und Preiswürdigkeit der genossenschaftlichen Produkte wandeln jedoch diese Pflicht in eine kluge und vorteilhafte Handlungsweise,

denn die Vorzüge der **GEC-Produkte** sind unerreich!



Onkel Bobby

spricht: Nimm diesen feinen Kuchen, der mit

VITELLO

Delikates-Margarine

gebacken ist und verteilte denselben an solche Hausfrauen, die noch immer ein Vorurteil gegen Margarine haben. Wer von diesem Kuchen kostet, wird sein Vorurteil fallen lassen und überzeugt sein, daß man mit Vitello ebenso gut backen kann, wie mit der teuren Teebutter.

VITELLO

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Montag, den 26. September, um halb 8 Uhr abends, im „Goldenen Kreuzel“, Prag II., Refazants, **Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:

Die Gemeindevahlen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir diesmal das Erscheinen aller Mitglieder.

Bereitet den „Sozialdemokrat...“

KINO-PROGRAMM

Vom 23. bis 29. September

Wran Urania-Kino

Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 36429 **Das Mädel auf der Schaukel** HARRY LIEDTKE, HENRY BENDER u. OSSI OSWALDA.

LIDO 310

Der Zigeunerbaron. Film-Parodie nach der bekannten Operette von Strauß. In den Hauptrollen: EUGEN BURG, VIVIAN GIBSON, WILHELM DIETERLE und LYA MARA.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft

LIDOVY DUM der Genossenschaft **Ganumed**

Täglich Konzert. **PRAG II., Hyberbaska Nr. 7.**

Café „Nizza“

Kgl. Weinberge, Fochova 27. Unser Stammlokal

Inserieren Sie im **Sozialdemokrat!**